

Fitter, Jörn C.

**Article — Digitized Version**

## Droht die Sprengung der Indischen Union?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Fitter, Jörn C. (1970) : Droht die Sprengung der Indischen Union?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 9, pp. 541-545

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134168>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Indien

# Droht die Sprengung der Indischen Union?

Dr. Jörn C. Fitter, Bonn

Nach mehr als zwanzigjähriger Unabhängigkeit scheint Indien heute langsam einer nationalen Katastrophe entgegenzugleiten: Die politischen Kräfte sind zersplittert, die Kastenbarrieren verhindern wie eh und je den Durchbruch zu einer sozialen Mobilität; die wirtschaftliche Entwicklung, die man mit der Theorie des „Big Push“ voranzutreiben suchte, hat nicht zu der gewünschten Eigendynamik des Entwicklungsprozesses geführt; in dem Land der 600 000 Dörfer mit über 500 Mill. Menschen herrscht wirtschaftliche Stagnation.

### Kongreß-Partei ohne Elan

Kurz vor seinem Tode im Mai 1964 mußte Jawaharlal Nehru erkennen, daß seine Kräfte nicht mehr ausreichten, um die einander widerstrebenden politischen Kräfte innerhalb der größten indischen Partei zu einen. In immer stärkerem Maße entglitt ihm die Kontrolle über die Congress Party. Es gelang ihm nicht mehr, das jede progressive Parteiarbeit tötende Gespann von schwindender Dynamik und steigender Korruption zu brechen. Sein Glaube an eine strikte Neutralitätspolitik blieb unerfüllt, als Indien sich plötzlich einem Zweifrontenkrieg mit China und Pakistan gegenüber sah. Die Anzeichen für eine neue starke Anti-Moslembewegung und einen wachsenden Hindu-Nationalismus mehrten sich.

Die Dynamik, mit der Nehru die soziale Gesellschaftsstruktur zu ändern suchte, verlangt auch heute noch eine aktive Elite, die frei von traditionellen Bindungen und standesbedingten Vorurteilen die „arrested revolution“ vorantreibt. Statt die entwicklungspositiven Kräfte des sozialen Wandels zu ermutigen, hat man das Problem durch die Schaffung einer „Administrative Reforms Commission“ bürokratisiert. Mit dieser Institutionalisierung hat die Kongreß-Partei – immer noch die größte Volkspartei Indiens – ihre Mobilität verloren. Aus den Anfängen einer von Gandhi aufgebauten nationalen Organisation, die alle Kräfte des Landes erfassend die Unabhängigkeit Indiens herbeiführte, hat sich die Partei –

verschlissen und aufgezehrt durch die lange Zeit ununterbrochenen Regierens – zu einer politischen Gruppe gewandelt, in der sich heute trotz der wachsenden Schwierigkeiten Selbstzufriedenheit und Intoleranz gegenüber der Opposition ausgebreitet haben.

Außerdem hat die Parteiführung, getrieben von dem Willen, die Macht zu halten, in den ständigen Auseinandersetzungen mit den finanzstarken Kapitalisten und den in den höheren Kasten organisierten Kräften der sozialen Reaktion ihren revolutionären und demokratischen Elan eingebüßt. Es wird immer schwerer, das von dem Sozialisten Nehru propagierte und vom Parteitag des Kongresses 1954 in Avadi sanktionierte Ziel – Transformation der Hindugesellschaft durch rasche Industrialisierung in eine sozialistische Gesellschaftsordnung – zu erreichen.

### Innenpolitische Machtkämpfe

Bisher schien das äußere Bild den Optimismus der Kongreßpolitiker zu rechtfertigen. Obwohl die Allianz mit den mittelständischen Interessengruppen dem Kongreß nicht nur einen Großteil der Unterstützung und des Vertrauens der ländlichen Massen, sondern auch das der industriellen Arbeiterklasse genommen hat, stellt die Partei immer noch in den meisten Staaten die Regierung.

Bei dem Versuch der Durchsetzung der inneren Reform begann ein politischer Machtkampf zwischen der Ministerpräsidentin Indira Gandhi und dem Parteipräsidenten S. Nijalingappa, der die Zerrissenheit der Partei offenkundig werden ließ. Äußerer Anlaß für den mit allen Mitteln geführten Kampf um die Parteikontrolle war die Ablehnung

*Jörn C. Fitter, 33, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, hatte von 1967 bis 1970 einen Lehrauftrag an der Universität Kabul, Afghanistan. Zur Zeit lehrt er im Rahmen eines UNESCO-Auftrages an der Technischen Hochschule in Colombo, Ceylon.*

der Forderung Indiens, als vollberechtigtes Mitglied zu dem Gipfeltreffen der islamischen Staaten in Rabat im vergangenen Jahr zugelassen zu werden. Der Kampf endete schließlich mit einem Sieg der Ministerpräsidentin Gandhi, die es verstand, mit Unterstützung des politischen Entscheidungsgremiums der Partei, dem All-India Congress Committee, den Angriff auf ihre Position abzuwehren.

Indira Gandhi dürfte heute die einzige politische Persönlichkeit sein, die das verlorengegangene Image der Partei noch rechtzeitig zurückgewinnen könnte. Ihre Reformbemühungen müssen als der letzte Versuch verstanden werden, der Partei einen Weg in die Zukunft zu öffnen. Dabei kann sie weder auf die alte Führungselite der Partei noch auf die neu herangewachsenen jungen Parteifunktionäre verzichten.

#### Politische Fronten und Reformprogramme

Diese zweite einflußreiche Gruppe fordert radikale wirtschaftliche Maßnahmen wie Ausdehnung des öffentlichen Sektors durch ein umfassendes Programm der Verstaatlichung und eine strenge Reform des Finanz- und Steuersystems, um dem Ziel einer Umverteilung des Einkommens näherzukommen. Auch Indira Gandhi glaubt, daß nur ein starker und unabhängiger öffentlicher Sektor die sozialistischen Ziele realisieren könnte. Sie weiß jedoch auch, daß eine Einschränkung der privaten Investitionstätigkeit mit einem Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums erkauft werden muß. Mit der Nationalisierung der Handelsbanken hat die Ministerpräsidentin eine Politik der kleinen Schritte eingeleitet, die ihr das Vertrauen der breiten Massen zurückgewinnen soll. Mit der Ausweitung der Kontrolle ist daher gleichzeitig eine Lockerung der Zulassungsbestimmungen im industriellen Sektor, eine Verschärfung der Monopolkontrolle und eine Forcierung der Landreform verbunden.

Die Herausforderung Indira Gandhis durch die konservativen Kräfte hat zwar die Kluft zwischen den einzelnen Parteigruppierungen deutlich werden lassen, sie führte jedoch auch zu einer Formierung jener progressiven Kräfte, die das indische Volk vor einem linksextremistischen Autoritätssystem und einer rechtsradikalen Ausbeutung zu schützen vermögen. Der Aufbau eines neuen Führungskaders dürfte die letzte Möglichkeit der Parteiführung sein, durch einen inneren Gesundungsprozeß den immer größer werdenden Abstand zwischen den „Marginalen“ und den breiten Massen zu verringern, den sich ständig ausbreitenden Autoritarismus zu stoppen und den stagnierenden Prozeß zur gesellschaftlichen Mobilität hin zu stimulieren. Sollte dies nicht ge-

lingen, so muß damit gerechnet werden, daß dem Kongreß das von der Mehrheit des indischen Volkes übertragene politische Mandat verlorengeht. Bisher hat sich aber keine Partei herauskristallisiert, die in der Lage wäre, allein eine tragfähige Regierung zu bilden. Eine Koalition hätte unweigerlich eine Zersplitterung der demokratischen Kräfte und ein Erstarken oligarchischer und autoritärer Tendenzen zur Folge.

#### Auftrieb der separatistischen Tendenzen

Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß der Provinzialismus, die Sprachenunterschiede und die föderalistische Struktur einen Staatsstreich durch Politiker und Militärs ausschließen. Die scharf abgegrenzten Sprachgebiete und das äußerst starke Autonomiebestreben der einzelnen Staaten seien die besten Garantien für die indische Demokratie. Es ist zwar richtig, daß die jüngsten Ereignisse nicht primär die indische Demokratie bedrohen, sie begünstigen jedoch separatistische Tendenzen. Der Sprachenkampf, der unterschiedliche regionale Entwicklungsstand und das Autonomiestreben gefährden in sehr starkem Maße die politische Einheit Indiens.

Bereits 1955 sah sich Nehru gezwungen, den ständigen Forderungen nach einer Neuaufteilung des indischen Staatsraumes auf der Basis von sprachlichen Einheiten zu entsprechen. Nach den Empfehlungen der „States Reorganization Commission“ wurde die aus 26 Staaten bestehende Indische Union in vierzehn neue Staaten aufgeteilt. 1960 mußte Bombay in zwei Staaten aufgeteilt werden. 1963 wurde die Regierung Nehrus gezwungen, dem Volk der Nagas einen eigenen Staat – Nagaland – zuzubilligen, womit Indien heute 16 Staaten zählt. Damit verstummten die Forderungen nach weiteren Staatsgebilden jedoch nicht.

Die im letzten Jahr ihren Höhepunkt erreichende „official language“-Kontroverse gibt separatistischen Tendenzen einen kräftigen Auftrieb. Insbesondere der Süden Indiens fürchtet, durch die Einführung des Hindi als offizieller Landessprache diskriminiert zu werden. Man behauptet, daß die nicht Hindi sprechenden Bevölkerungsteile von der weiteren Beteiligung am nationalstaatlichen Leben ausgeschaltet werden würden. Die Antwort auf die Errichtung eines „Hindu-Imperialismus“, so drohen die politischen Führer Südiens, wird die Erklärung eines unabhängigen dravidischen Staates mit mehr als 100 Mill. Einwohnern sein. Das Ausmaß der gegenseitigen Ausschreitungen, geschürt durch politischen Mord und unzählige Straßenschlachten, hat bereits eine Stimmung entstehen lassen, die nicht weit von den bürgerkriegsartigen Wirren entfernt ist, die

1947 zur Lostrennung der islamischen Gebiete und zur Gründung Pakistans führten.

Der Sprachenstreit um das Hindi hat nicht nur dieser Sprache ihre propagandistische Wirkung als Bindungselement für die nationale Einheit genommen, sondern auch das Aufleben vergessener Dialekte gefördert. Indiens 14 Sprachen und die Gegensätze in der kommunalen und zentralen Politik erschweren den freien Austausch von Personen und Gütern innerhalb der Indischen Union immer mehr. Man darf annehmen, daß sich bei den ersten Auflösungserscheinungen die indischen und pakistanischen Teile Bengalens in einem neuen unabhängigen Staat wiedervereinigen werden. Ebenso wird sich Kaschmir von Indien lossagen und dem pakistanischen Staatenbund beitreten.

### Unüberwindliches Kastensystem

Nicht weniger bedeutend für die Krise Indiens als die politischen Verhältnisse ist die ins Stocken geratene soziale Revolution. Seit mehr als zwanzig Jahren versucht Indien, die Struktur der Hindugesellschaft zu erneuern und die sozialen Institutionen den Erfordernissen einer modernen Entwicklung anzupassen. Das vor mehr als 3000 Jahren von den Indoariern eingeführte Kastensystem, das die religiös-soziale Struktur der Hindugesellschaft widerspiegelt, ist noch immer das beherrschende Element für viele Millionen Menschen. Daneben haben der Familienverband und die Rechtsordnung als weitere typische Merkmale die soziale Struktur geprägt. Die vier Kasten sind seit dem 26. Januar 1950 in der hinduistischen Republik Indiens aufgehoben. Mit diesem Gesetzesbeschluß ist die in Priester, Krieger, Gewerbetreibende und Ackerbauern und in Diener der drei oberen Kasten unterteilte soziale Hierarchie jedoch noch keineswegs im Volke erloschen.

Während überall sonst in der Welt mit fortschreitender Evolution eine Dynamisierung und Weitung der gesellschaftlichen Schichtungsstruktur eingetreten ist, entzog sich das indische traditionale Sozialsystem diesen reformatorischen Kräften durch die dauernde Bildung von zahllosen Unterkasten. Selbst Gandhi, der allgemein im Ausland als der große Vorkämpfer für die Aufhebung des Kastensystems betrachtet wird, konnte sich erst in späteren Jahren unter dem Druck der politischen Ereignisse zur Aufhebung der Sonderstellung der im vierten, niedrigsten Stande stehenden Gruppe, der Parias, der eigentlichen Unberührbaren, durchringen — nicht jedoch zur Verurteilung des Kastensystems als solchem. In der Indischen Gesellschaft sind die Konservativen, unterstützt von der brahmanischen Orthodoxie,

die Mehrheit, die noch immer vor allem die Kasten in irgendeiner Form beibehalten will. In diesen orthodoxen Parteien wird heute der Versuch unternommen, das alte Vier-Kasten-System als Ständestaat neu zu propagieren. Ihnen stehen solche eindrucksvollen Vertreter des modernen Hinduismus wie Sarvepalli Radhakrishnan gegenüber, der immer wieder die Probleme Indiens aufgriff und sie einer zeitgemäßen Lösung zuzuführen trachtete.

### Fatalismus stärker als Reformversuche

Die Abschaffung des Grundbesitzes, die Einführung des politischen Stimmrechtes für die Kastenlosen, die Verabschiedung des „Untouchability Offenses Act“ im Juni 1955, die Einführung der Vertragsehe, die Legalisierung der „Partiloma“-Ehe, d. h. der Heirat zwischen Angehörigen verschiedener Kasten, und die Einrichtung von Kontrollen über religiöse Stiftungen haben zwar formal-juristisch den Rahmen für den angestrebten Integrationsprozeß geschaffen; solange jedoch Dünkel und Intoleranz der Besitzenden den Kastenlosen wie eh und je auf die Straße und in nicht beschreibbare Elendsquartiere weisen, kann von erfolgreicher Einbeziehung der marginalen Massen in den Entwicklungsprozeß nicht gesprochen werden. Seit dem Tode Nehrus ist man der Realisierung seines sozialistischen Ideals: Vorherrschaft des Gemeinwohls, Chancengleichheit für alle und gleichmäßige Verteilung der Produktion, nicht wesentlich nähergerückt. Vorsichtige Schätzungen sprechen davon, daß etwa 100 Mill. Menschen in dem in 10 000 Unterkasten gegliederten vierten Stand zusammengefaßt sind — das bedeutet, daß zumindest jeder fünfte Inder bereits von vornherein von einer angemessenen Teilnahme am Entwicklungsprozeß ausgeschlossen bleibt. Daß heute ehemalige Unberührbare hohe politische Funktionen bekleiden und zu Ansehen und Würde gekommen sind, kann allenfalls als ein hoffnungsvoller Beginn einer gesellschaftlichen Integration gewertet werden, kaum jedoch als soziale Revolution, zumal die neuen Führer der Masse der Besitzlosen ständig in Versuchung geraten, sich von der bestehenden Machtstruktur absorbieren zu lassen.

Unter der modernisierten Oberfläche ist der Fatalismus der breiten Massen gegen die überkommene Gesellschaftsstruktur geblieben. Eine Revolution des Volkes gegen die Kastenhierarchie wird noch durch die religiöse Weltanschauung verhindert, die in der Schicksalsentscheidung symbolisiert ist, die jedem Hindu eine Auflehnung oder Korrektur seiner ihm durch die Geburt gestellten Aufgabe verbietet. Die geduldige Erfüllung des Karma ist dem Hindu die Gewähr

für eine Reinkarnation in einer höheren Kaste. Diese Indolenz und die Resignation der Masse der Inder, denen darüber hinaus nichts gleichgültiger ist als der zivilisatorische Abstand von den Industrienationen, haben die entscheidende Kraftprobe bisher hinausgeschoben. Ganz sicher ist, daß das Kastenwesen trotz des anzuerkennenden Bestrebens der Zentralregierung, dieses von außen zu reformieren, weiterer tiefgreifender Änderungen bedarf; ebenso sicher scheint jedoch auch zu sein, daß die Grundlagen der Kasten bestehen bleiben dürften, solange es einen lebendigen Hinduismus gibt. Die Zeit für eine gewaltlose und zeitgemäße Lösung der sozialen Frage für Indien drängt. Sie wird nur gelingen, wenn die in den höheren Kasten konzentrierten Kräfte der Reaktion im Zusammenwirken mit den mehr als 100 Mill. zählenden „outcasts“ einen Weg finden werden, sich in Freiheit selbst eine auf soziale Gerechtigkeit zielende neue Gesellschaftsordnung zu geben.

Eine Forcierung dieses sozialen Integrationsprozesses wird nicht nur durch die politisch geschwächten Kräfte, sondern vor allem durch die wirtschaftliche Krise Indiens verhindert. Die Einbeziehung der marginalen Bevölkerungskreise in den Entwicklungsprozeß bedeutet neben anderem in erster Linie die Schaffung von zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten. Niemand weiß heute die Zahl der Arbeitslosen genau anzugeben. Sie muß jedoch, gemessen an den mit Menschen überfüllten Städten, unvorstellbar hoch sein. Der vierte Fünfjahresplan bis Ende 1971 verspricht, 19 Mill. Menschen Arbeitsplätze zu beschaffen. Im gleichen Zeitraum wird jedoch die Bevölkerung Indiens bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 2,5% um wenigstens 60 Mill. Menschen zunehmen. Bereits in den drei vorangegangenen Planperioden gelang es nicht, das Bevölkerungswachstum unter Kontrolle zu bringen, das bisher jede Bemühung um Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens vereitelt hat.

#### **Einseitige Förderung des öffentlichen Sektors...**

Die ersten drei Pläne veranschlagten eine gesamte Investitionssumme von fast 200 Mrd. DM. Über die Verteilung dieses enormen Kapitalbetrages äußerte sich der indische Nationalökonom B. R. Shenoy 1967 kritisch: „Obschon aus den staatlichen Unternehmungen weniger als 5% des indischen Sozialproduktes stammen und der Anteil der Privatwirtschaft 88% beträgt, so sind dennoch Jahr für Jahr 70% aller Investitionsmittel zwangsweise der Staatswirtschaft zugeführt worden. Die übrige Wirtschaft mußte mit den verbleibenden 30% auskommen. Mit dem

besten Willen der Welt wird die an Kapital ausgehungerte Privatwirtschaft schließlich außerstande sein, ihren angemessenen Beitrag zum Sozialprodukt des Landes zu leisten. Der an diesem verkehrten Arrangement am schlimmsten leidende Teil ist die ländliche Wirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft.“ Der durch schlechtes Management, personelle Überbesetzung, ineffiziente Planung und Günstlingswirtschaft gekennzeichnete öffentliche Produktionssektor ist die „heilige Kuh“ der Planer geworden, die sich durch Verfemung ihrer Gegner als Reaktionäre und Feinde des Sozialismus jeder Kritik entziehen.

Das Ergebnis der Investitionsanstrengungen waren steigende Produktionszahlen im Bereich der Stahl-, Aluminium-, Zement-, Chemikalien-, Textil- und Konsumgütererzeugung. Der industrielle Produktionsindex mit der Basis 1956 gleich 100 stieg von 73,5 im Jahre 1951 auf 191,5 im Jahre 1966. Dieser Produktionsanstieg ist das Resultat einer Entwicklungsstrategie, die in der massiven Industrialisierung nach dem Konzept des „Big Push“ das Rezept für die Überwindung der Unterentwicklung gefunden zu haben glaubt. Aber schon 1961 mehrten sich die warnenden Anzeichen eines Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion, die den indischen Planungsbehörden hätten zeigen müssen, daß die forcierte Erstellung von Schwerindustrien und industriellen Großanlagen allein nicht Reichtum und Nahrung erbringen kann. Und statt die erhoffte Dynamik zu entwickeln, gerieten die Werke in die roten Zahlen.

#### **... bei Vernachlässigung der Landwirtschaft**

Zur gleichen Zeit stellte sich heraus, daß die Nahrungsmittelproduktion nicht die Planzahlen erreichen würde. Die Folge war ein Anstieg des Preisindex für Nahrungsmittel um mehr als 20% im Jahre 1966. Zwei Dürrejahre – 1966 und 1967 – vollendeten den sich seit Jahren anbahnenden Kollaps der indischen Agrarwirtschaft. Die Ernährungslage erreichte einen neuen Tiefstand. Mehr als 40 Mill. Inder leiden an chronischer Unterernährung. Die täglichen Getreiderationen sanken in einigen Bundesstaaten wie Bihar auf 100 g pro Kopf. Das Versprechen der Planungskommission, in diesem Jahr die 120-Mill.-t-Grenze in der Getreideproduktion zu erreichen, bleibt unerfüllt. Realisierbar dagegen erscheint ein Ernteergebnis von maximal 100 Mill. t. Sicherlich ist diese Verschärfung der Versorgungssituation eine Folge der zwei Mißernten, ebenso sicher ist jedoch auch, daß die seit langem anhaltende rückläufige Tendenz im Agrarsektor das Resultat einer jahrelangen Vernachlässigung der Landwirtschaft darstellt.

Indien, das vor kurzer Zeit mit russischer und tschechoslowakischer Hilfe eine riesige Schwermaschinenfabrik in Ranchi errichtete, hat bisher noch keine ausreichende Zahl von Düngemittelfabriken. Die indische Planungskommission mußte sich daher auch angesichts des Engpasses in der Nahrungsmittelversorgung zu einer Revision des laufenden Fünfjahresplanes entschließen, der jedoch nur 16 % der Gesamtinvestitionen in der Landwirtschaft einsetzen wollte. Die Frage, ob Indien, das heute noch ein Drittel seiner Deviseneinnahmen für Nahrungsmittel ausgeben muß, nicht mehr Devisen mit einer intensiven Förderung der Landwirtschaft als mit der Errichtung von Großindustrien einsparen würde, wird von den indischen Technokraten verneint. Die Erstellung weiterer prestigeträchtiger industrieller Großprojekte wurde nur kurzfristig verschoben. Damit werden die hungernden Millionen im größten „Armenhaus der Welt“ vermutlich auch weiterhin das Opfer einer ehrgeizigen Entwicklungspolitik bleiben, die hofft, Indien nach Japan zur größten Industrienation Asiens zu machen.

#### Die indische Alternative ...

Weder eine politische Führung, die von der Angst um den Verlust der Macht hypnotisiert zu sein scheint und das „overstatement“ zur Umgangssprache erhoben hat, noch eine Entwicklungspolitik, die den Hunger von Millionen ignoriert, um den Traum von einer machtvollen und autarken Industrienation zu verwirklichen, werden fähig sein, die „arrested revolution“ zu dynamisieren. Es scheint so, als ob sich die Worte G. Myrdals auf der UNCTAD-Tagung in Delhi bewahrheiten, daß die Vertagung der sozialen und wirtschaftlichen Revolution Indiens permanent zu werden droht. Ein Versagen der indischen Entwicklungsbemühungen wird der von Indien angebotenen demokratischen Alternative in Asien ihre propagandistische Wirkung nehmen und damit gleichzeitig der selbstgewählten Rolle Chinas als Wortführer der Dritten Welt mehr Gewicht verleihen. So wie sich die Planer dem Fetisch des „Big Push“ bedingungslos verschrieben haben, träumen die Politiker von einer neuen Vormachtstellung Indiens, das nach dem Abzug der Briten aus den Gebieten östlich des Suezkanals im Jahr 1971 das dann entstehende Machtvakuum um den Indischen Ozean füllen soll.

#### ... im Sog der Großmächte

Auch Rußland versucht, über Indien in die Machtücke am Indischen Ozean vorzustoßen. Der sowjetische Einfluß in Indien zeigt sich nicht nur allein in der Wirtschaft, und hier besonders in der Schwerindustrie, sondern auch auf anderen

Gebieten. Russische Experten sind in die höchsten indischen Planungsämter eingezogen. Im März 1969 haben sich die Russen zur Lieferung von Kriegsschiffen zur Stärkung der indischen Flotte bereiterklärt. Indien könnte sogar gewillt sein, um den Traum von der Hegemonialstellung zu verwirklichen, einen Vertrag mit den Sowjets für den weiteren Aufbau der Seestreitkräfte gegen Überlassung eines Stützpunktes auf den Andaman- oder Nicobar-Inseln abzuschließen.

Der steigende sowjetische Einfluß geriet unversehens in die machtpolitischen Auseinandersetzungen um die Kontrolle innerhalb der Kongreß-Partei, als Nijalingappa erklärte, die Ministerpräsidentin habe sich zu Konzessionen gegenüber der russischen Außenpolitik verleiten lassen, um die Unterstützung der Kommunistischen Partei Indiens zu gewinnen. In der Tat scheint die strikte Neutralitätspolitik Indiens vor allem durch den chinesischen Druck aufgelockert zu werden. Indien widerstand allen nordamerikanischen Versuchen, in die Auseinandersetzung um eine Eindämmung des chinesischen Einflusses in Südostasien verwickelt zu werden. Seit Dinesh Singh im russisch-chinesischen Grenzkonflikt jedoch die Moskauer Interpretation übernahm, scheint sich die indische Regierung unter Indira Gandhi hinter der Sowjetunion auf einen anti-chinesischen Kurs auszurichten.

Auch die Gespräche um die Ernennung der Mission in Hanoi zur Botschaft und die Regierungseinladung an die südvietnamesische Befreiungsfront, die im Januar mit einer Delegation Indiens bereiste, sind nur einige Anzeichen mehr für die sich abzeichnende Auflösung der indischen Neutralitätspolitik. Die Breschnew-Doktrin, die ihrer Natur nach eine Kopie der Monroe-Doktrin darstellt, sollte Indien zu denken geben, zumal unter ihrem Schutz gleichzeitig die Okkupation der Tschechoslowakei gerechtfertigt wird. Ob die bereits erschütterte Neutralitätspolitik nun vollends durch Indira Gandhi geopfert wird, um die innenpolitische Situation zu festigen, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Vieles spricht jedoch dafür, daß Indien zunehmend in den Konflikt zwischen China, Amerika und der Sowjetunion um die Vorherrschaft in Asien gedrängt wird.

Was immer sich auch in den politischen Konstellationen in Asien verändern wird, Indien muß sich der Gefahr bewußt werden, die aus der Führungskrise und den Fehlern in der Wirtschafts- und Sozialpolitik für die nationale Stabilität und Einheit resultieren. Sollte Indien jedoch nicht in der Lage sein, die angedeuteten Probleme einer Lösung näherzubringen, wird der Traum von der indischen Großmacht in weite Ferne rücken.